

Stenografischer Bericht

– öffentlicher Teil –

3. Sitzung – Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

8. Mai 2019, 10:00 bis 12:59 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Petra Müller-Klepper (CDU)

CDU

Sabine Bächle-Scholz
Sandra Funken
Heiko Kasseckert
Michael Ruhl

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frank Diefenbach
Martina Feldmayer
Vanessa Gronemann
Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)

SPD

Gernot Grumbach
Heike Hofmann (Weiterstadt)
Knut John
Torsten Warnecke

AfD

Klaus Gagel
Claudia Papst-Dippel
Gerhard Schenk

Freie Demokraten

Wiebke Knell

DIE LINKE

Torsten Felstehausen
Heidmarie Scheuch-Paschkewitz

Fraktionsassistentinnen/Fraktionsassistenten:

CDU: Marco Gaug
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: David Lorch
 SPD: Stephanie Jung
 Freie Demokraten: Tobias Kress
 DIE LINKE: Achim Lotz

Landesregierung, Rechnungshof, Datenschutz, Landtagskanzlei:

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Koerner Keller	Ministerialrat	HMWEVW
Gehue, Barbara	ROR'in	StK
Katherina, Kenanidou	Praktikantin	Bereich Petitionen
Dr. Christian Hey	NDits	HNUKLV
Lara Kurl	RL'in	HMUUKLV
Dr. MARITA HANG	NR'in	HMUUKLV
Thomas Schmid	Präsident	HLMeG
Marion Kemfner	Leiterin FZk	HLNUG
Priska Hinz	Ministerin	HMUUKLV
Florian Schoeppe	RL	HMUUKLV

Protokollierung: J. Decker
 Karl-Heinz Thaumüller

Inhaltsverzeichnis:**Punkt 1 bis Punkt 3:**

– siehe nicht öffentlicher Teil –

Punkt 4:**Dringlicher Berichts Antrag****Torsten Felstehausen (DIE LINKE) und Fraktion****Fridays for Future: Klimaschutzforderungen an die Politik „Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“**– Drucks. [20/540](#) –

S. 4

Punkt 5:**Antrag****Fraktion DIE LINKE****Bodenschutz ist Klimaschutz: Protestcamp gegen Logistikzentrum in Neu-Eichenberg unterstützen – Die Hessische Landesregierung muss der Gemeinde Neu-Eichenberg ein Angebot zur Aufgabe ihrer Pläne unterbreiten**– Drucks. [20/570](#) –

S. 19

Punkt 6 und Punkt 7:

– siehe nicht öffentlicher Teil –

Punkt 4:**Dringlicher Berichtsantrag****Torsten Felstehausen (DIE LINKE) und Fraktion****Fridays for Future (FFF): Klimaschutzforderungen an die Politik „Wir sind nicht nur verantwortlich für das was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“****– Drucks. [20/540](#) –**Ministerin **Priska Hinz** trägt vor:

Frage 1. *FFF fordert für die Einhaltung des Pariser Klimavertrages den Treibhausgasausstoß bis 2035 auf netto-null zu bringen. Nach dem Hessischen Klimaschutzplan 2025, ergänzt durch den Koalitionsvertrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sollen in Hessen bis 2025 40 % und bis 2030 55 % der Treibhausgase gegenüber dem Bezugsjahr 1990 eingespart werden. Die Klimaneutralität soll erst 2050 erreicht werden. Das Pariser Abkommen von 2015 ist auch für Hessen die verbindliche Grundlage für effektive Klimaschutzmaßnahmen.*

Geht die Hessische Landesregierung weiterhin davon aus, dass das genannte Klimaschutzziel (Klimaneutralität bis 2050) sowie die genannten Zwischenziele ausreichen, um das Pariser Klimaschutzabkommen und damit eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur auf maximal 1,5 Grad Celsius einzuhalten?

Antwort: Die Vereinten Nationen haben im Pariser Weltklimavertrag vereinbart, die globale Erderwärmung in diesem Jahrhundert auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Die von den einzelnen Staaten bislang erbrachten Beiträge zur Reduzierung von Kohlendioxidemissionen sind jedoch bisher nicht ausreichend, um dieses Ziel zu erreichen. Um bei einer Erwärmung unter 2 Grad Celsius zu bleiben, müssen alle Staaten bis zum Jahr 2050 treibhausgasneutral sein.

Hessen leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Mit dem Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025 hat die Landesregierung ein Paket vorgelegt, um die hessischen Klimaziele mit konkreten Maßnahmen zu erreichen. Damit wird Hessen auf den Weg gebracht, die Ziele des Pariser Abkommens zu unterstützen und bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden.

Die Landesregierung hat sich zur Weiterentwicklung des Klimaschutzplans am 8. April 2019 außerdem ein weiteres Klimaziel gesetzt: Bis 2030 sollen 55 % der Treibhausgasemissionen in Hessen eingespart werden. Damit steigert Hessen seine Anstrengungen im Kampf gegen die Klimakrise nochmals deutlich und leistet einen weiteren Beitrag zur Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens.

Bei der Umsetzung dieses ambitionierten Klimaschutzes sind in Hessen die Kommunen besonders wichtige Partner. Deshalb gibt es insbesondere für die Klima-Kommunen zahlreiche Maßnahmen im Klimaschutzplan zu allen Themen des Klimaschutzes sowie finanzielle Unterstützung und Beratung.

Neben der Landesebene sind aber auch die internationale, die europäische und auch die Bundesebene bei der Erfüllung des Pariser Abkommens gefragt. Die Landesregierung setzt sich deshalb auf Bundesebene dafür ein, den Kohleausstieg so schnell wie möglich voranzubringen.

Die zugehörige prioritäre Maßnahme im Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025 heißt „Initiativen für eine Kohlestrategie des Bundes“. Die Einflussnahme erfolgt in erster Linie über die Umweltministerkonferenz und im Bundesrat. Mit entsprechenden Anträgen setzt sich die Landesregierung für einen möglichst raschen Ausstieg aus der Kohlekraftnutzung in der Bundesrepublik ein.

Hessen hat außerdem, zuletzt im November 2018 zur Umweltministerkonferenz, den Beschlussvorschlag „Verbesserte Rahmenbedingungen für einen kohlefreien Energiemarkt“ mit eingebracht und sich im März 2019 im Bundesrat im Zusammenhang mit dem „Klimaschutzbericht der Bundesregierung für das Jahr 2018“ dafür eingesetzt, dass die von der Kohlekommission empfohlenen Maßnahmen zügig angegangen werden. Der Beschluss beinhaltet auch die Aufforderung an die Bundesregierung, unverzüglich ein Umsetzungsgesetz für den Einstieg in den Kohleausstieg vorzulegen und darin den Umsetzungspfad bis 2030 zu konkretisieren sowie die im System des Emissionshandels hierdurch frei werdenden Zertifikate zu löschen.

Frage 2. „Entscheidend für die Einhaltung des 1,5-Grad-Celsius-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren.“ Deshalb fordert FFF das Ende der Subventionen für fossile Energieträger bis Ende 2019, ein Viertel der Kohlekraft abzuschalten und eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. „Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das 180 € pro Tonne CO₂.“ (FFF Forderungen 08.04.2019)

a) Teilt die Hessische Landesregierung diese Sofort-Forderungen für 2019?

Antwort: Die Landesregierung ist gegenüber der Einführung eines sozial verträglich ausgestalteten CO₂-Preises aufgeschlossen und befürwortet eine europaweite wirksame Bepreisung von CO₂-Emissionen sowie eine Weiterentwicklung des Emissionshandels. Durch die Einführung eines CO₂-Preises werden klimaschädliche Produkte wie Diesel, Benzin und Heizöl teurer, sodass ein Anreiz entsteht, weniger davon zu verbrauchen und auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen. Hessen setzt sich zudem auf Bundesebene für den Kohleausstieg und die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen ein.

b) Wenn ja: Welche Schritte unternimmt die Hessische Landesregierung in den kommenden Monaten, um den drei Sofort-Forderungen auf Bundesebene zum Durchbruch zu verhelfen?

Antwort: Auf der Umweltministerkonferenz in dieser Woche, die am 8. und 9. Mai in Hamburg stattfindet, ist Hessen Mit Antragsteller eines Antrags für die Einführung eines CO₂-Preises in den Nichtemissionshandelssektoren. Außerdem hat Hessen zur Umweltministerkonferenz im Frühjahr 2018 einen Antrag für einen höheren CO₂-Preis eingebracht.

Auf der Umweltministerkonferenz im November 2018 wiederum setzte sich Hessen gemeinsam mit anderen Bundesländern ebenfalls für einen CO₂-Preis und einen kohlefrei-

en Energiemarkt ein. Gleiches gilt für den Bundesrat: Dort setzte sich Hessen im März 2019 dafür ein, dass die von der sogenannten Kohlekommission empfohlenen Maßnahmen schnell umgesetzt werden sollen, um Planungssicherheit zu schaffen sowie den Ausstieg aus der Kohle umzusetzen, um den Klimaschutzziele für 2020 noch möglichst nahe zu kommen.

Hessen wird sich auch weiterhin und in den nächsten Monaten im Rahmen des Bundesrates und der Umweltministerkonferenz für ambitionierten Klimaschutz einsetzen.

c) Wenn nein: Warum teilt die Hessische Landesregierung diese drei Forderung nicht, und wie glaubt sie ohne diese Forderungen noch einen ausreichenden Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Celsius-Ziels leisten zu können?

Antwort: Hierzu wird auf die Antworten zu den Fragen 2 a und 2 b verwiesen.

Frage 3. „Die Verwirklichung dieser Forderungen“ – so FFF – „muss sozial verträglich gestaltet werden und darf keinesfalls einseitig zu Lasten von Menschen mit geringen Einkommen gehen.“ (ebd.)

a) Welche Vorkehrungen hat die Hessische Landesregierung in ihrem Integrierten Klimaschutzplan 2025 getroffen, um Menschen mit geringem Einkommen vor zusätzlichen Kosten zu schützen?

Antwort: Im Klimaschutzplan sind explizite Maßnahmen enthalten, die sich an Personen mit geringem Einkommen richten, so z. B. die Maßnahme, Energiesparinformationen und -angebote für energetische Erstberatungen für Haushalte mit geringem Einkommen zur Verfügung zu stellen. Auch bei der Maßnahme „Zielvereinbarungen mit den Wohnungsunternehmen in Hessen“ ist die Sozialverträglichkeit der energetischen Maßnahmen ein zentrales Kriterium.

In der Mobilitätspolitik werden insbesondere Maßnahmen zu Rad- und Fußverkehr gefördert, genau wie das Jobticket, das Schülerticket und künftig – als weitere Maßnahme hin zum Bürgerticket – das Seniorenticket. Dies alles dient zur Unterstützung von Mobilitätsangeboten, auch für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen.

b) Welche Maßnahmen wird die Hessische Landesregierung ergreifen, um Menschen mit geringem Einkommen vor zusätzlichen finanziellen Belastungen aus den notwendigen Umstellungen in den Sektoren Verkehr, Landwirtschaft, Energieversorgung und Wohnen (Wärmeversorgung) zu schützen?

Antwort: Die Hessische Landesregierung wird sich auch weiterhin im Rahmen des Bundesrates und der Umweltministerkonferenz für eine sozial verträgliche Klimapolitik in allen Sektoren einsetzen.

Frage 4. „Um eine Wende zu erreichen, die von der Gesellschaft mitgetragen werden kann“, fordert FFF „absolute Transparenz und faktenbasierte Aufklärung für alle Bürgerinnen und Bürger. Alle getroffenen Maßnahmen müs-

sen unabhängigen wissenschaftlichen Kontrollen unterliegen, die ihre Wirksamkeit beurteilen.“ (ebd.)

a) Wird die Hessische Landesregierung bei der am 04.04.2019 durch Ministerin Priska Hinz angekündigten Festschreibung von Klimaschutzzielen für die einzelnen Sektoren (Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude usw.) die „absolute Transparenz“ herstellen, wenn ja, wie?

Antwort: Bereits bei der Erstellung des Integrierten Klimaschutzplans Hessen 2025 wurden in einem transparenten Beteiligungsprozess über 200 Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft eingebunden. Die Ergebnisse dieses Prozesses unter dem Dach der Nachhaltigkeitsstrategie wurden transparent kommuniziert. Jedes Frühjahr wird in einer öffentlichen Veranstaltung zur Klimapolitik des Landes und zum Umsetzungsstand des Klimaschutzplans berichtet, zuletzt am 6. März 2019 in der Evangelischen Akademie in Frankfurt.

Auch bei der Weiterentwicklung des Klimaschutzplans wird ein umfassender Beteiligungsprozess durchgeführt, um eine transparente Erarbeitung der Klimaziele für die einzelnen Sektoren zu gewährleisten.

b) Wird die Hessische Landesregierung bei der angekündigten Evaluierung der bereits getroffenen Maßnahmen sowie der Beurteilung der Wirksamkeit neu zu treffender Klimaschutzmaßnahmen eine unabhängige wissenschaftliche Kontrolle sicherstellen, und, wenn ja, wie?

Antwort: Wie bei der Erarbeitung des Integrierten Klimaschutzplans Hessen 2025 werden auch das geplante Monitoring der ersten Umsetzungsphase und die Weiterentwicklung durch wissenschaftliche Institute begleitet, die sich im Rahmen einer Ausschreibung darauf bewerben können. Die Ergebnisse werden, genau wie die bisherigen Studien, veröffentlicht. Diese sind im Übrigen auf der Homepage des Umweltministeriums zu finden.

Abg. **Klaus Gagel:** Danke für Ihren Bericht, Frau Ministerin. – Ich habe mehrere Fragen, würde aber zunächst auf die Frage 4 b eingehen. Hier wird ja von „unabhängiger wissenschaftlicher Kontrolle“ gesprochen. Bezieht sich das auch auf die grundsätzliche Frage, ob die sogenannten Treibhausgase wirklich für die Erderwärmung verantwortlich sind?

In diesem Zusammenhang die Frage an die Landesregierung: Sollte sich bei der Überprüfung dieser wissenschaftlichen Debatte im Verlauf der nächsten Jahre oder Jahrzehnte herausstellen, dass die Treibhausgase gar nicht ursächlich bzw. für die Klimaerwärmung nicht verantwortlich sind, würde die Landesregierung dann erwägen, die komplette Klimastrategie infrage zu stellen?

Ministerin **Priska Hinz:** Herr Abgeordneter, dazu gibt es bereits jede Menge internationale Studien, auf die sich auch die Staatengemeinschaft stützt, auch hinsichtlich der Beschlussfassung zum Pariser Klimaabkommen. Diese Studien werden durch den IPCC weiterentwickelt. Sie werden auch veröffentlicht. Alle Fakten sind dort nachlesbar.

Es ist in der Wissenschaft unumstritten, dass der menschengemachte Klimawandel dazu führt, dass wir eine Klimakrise haben, die wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen versuchen. Wir werden uns weiterhin auf dieser wissenschaftlichen Basis bewegen und unsere Maßnahmen darauf abstimmen.

Das Ganze wird natürlich immer von entsprechenden wissenschaftlichen Instituten untermauert, die uns für die Studien zur Verfügung stehen, die wir zur Grundlage für die Erarbeitung und Weiterentwicklung von Klimaschutzplänen machen.

Abg. **Martina Feldmayer:** Vielen Dank für den Bericht. – Ich muss vorausschicken, dass ich bedaure, dass wir im Umweltausschuss mit der AfD-Fraktion anscheinend wieder bei null anfangen müssen.

Ich begrüße es, dass es Bewegungen wie „Fridays for Future“ und „Scientists for Future“ gibt, die hier wohl noch Aufklärungsarbeit leisten müssen. Ich finde es gut, dass in unseren Schulen die Schülerinnen und Schüler die Grundlagen anscheinend sehr gut beigebracht bekommen. Ich möchte sagen, dass es sicherlich wichtig ist, dass diese Bewegungen, die es jetzt gibt, Druck machen. Bei allem, was wir tun, gibt es noch Luft nach oben – beim Klimaschutz auf allen Ebenen.

Ich finde es richtig, dass jetzt der Integrierte Klimaschutzplan Hessen 2025 weiterentwickelt wird, dass wir ein weiteres Zwischenziel zur Minderung der CO₂-Emissionen identifiziert haben. Es ist selbstverständlich, dass das Ganze von wissenschaftlicher Seite aus begleitet wird.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die erste prioritäre Maßnahme – noch aus der letzten Legislaturperiode – im Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025 der Kohleausstieg ist. An diese Dinge wird angeknüpft werden. Wichtig finde ich aber auch, dass es weiterhin eine große Beteiligung an der Weiterentwicklung des Integrierten Klimaschutzplans gibt; denn hier gibt es wichtige Impulse und Ideen, die noch aufgenommen werden können.

Wir müssen beim Klimaschutz noch schneller und noch besser werden. An dem, was die Ministerin berichtet hat, sehe ich aber, dass wir gut aufgestellt sind und dass wir auch den Willen haben, hier noch mehr zu tun.

Abg. **Torsten Felstehausen:** Vieles, was meine Vorrednerin gesagt hat, kann ich so unterstreichen. Ich stelle fest: Die Richtung stimmt, aber die Schrittlängen stimmen nicht. Das ist unsere wesentliche Kritik an Ihren Ausführungen, Frau Ministerin.

Ich habe zunächst eine Frage. Ich war etwas überrascht über Ihre Ausführungen zur CO₂-Steuer und möchte Sie fragen, ob die Landesregierung bei dem Thema eigentlich mit einer Stimme spricht oder ob es hier sehr unterschiedliche Sichtweisen gibt. In der „FAZ“ vom 6. Mai 2019 kann man lesen, dass Herr Bouffier sich dahin gehend einlässt, dass er sagt:

Wir können jetzt nicht einfach fröhlich eine CO₂-Steuer beschließen, ohne zu wissen, welche Auswirkungen diese dann haben wird und welche Fehlsteuerungen damit verbunden sein könnten, z. B. eine Fehlsteuerung sozialer Art.

Er spricht sich im Weiteren dagegen aus, dass diese CO₂-Steuer zeitnah umgesetzt wird. – Teilen Sie die Meinung des Ministerpräsidenten, oder gibt es hierzu unterschiedliche Auffassungen in der Landesregierung?

Zum Zweiten. Der Beschluss zum Kohleausstieg geht davon aus, dass dieser zum Jahr 2038 umgesetzt sein soll. Alle Wissenschaftler – „Scientists for Future“ ist gerade genannt worden – sagen uns eindeutig, dass 2038 zu spät ist. Wenn wir die Klimaschutzziele einhalten wollen, müssen wir bis 2030 aus der Kohleenergie ausgestiegen sein. Aber auch die Bundesratsinitiative, an der sich die Hessische Landesregierung beteiligt hat, unterstützt das Ziel eines Kohleausstiegs bis 2038. Frau Ministerin, meine konkrete Frage an Sie lautet, welche Maßnahmen Ihr Haus trifft oder welche Initiativen aus Ihrem Haus kommen, um zu einem Kohleausstieg bis 2030 zu kommen, wie es von Wissenschaftlern einhellig als erforderlich angesehen wird.

Ministerin **Priska Hinz**: Ich weiß gar nicht, wo Sie einen Unterschied in den Äußerungen des Ministerpräsidenten und der Umweltministerin der Hessischen Landesregierung zu erkennen versuchen. Selbstverständlich stimmt die Aussage, dass man jetzt nicht einfach eine CO₂-Steuer einführen kann, ohne die Konsequenzen im Hinblick auf den Sozialbereich zu kennen.

DIE LINKE ist eigentlich eine Fraktion – das scheint bei den Fragen wie auch bei den Zitaten von „Fridays for Future“ durch, die Sie sich herausgesucht haben –, der es um die Sozialverträglichkeit von Klimaschutzmaßnahmen geht. Selbstverständlich muss man darüber debattieren, wie eine CO₂-Steuer – und im Übrigen auch ein weiter gehender Zertifikatehandel – so gestaltet werden kann, dass sie auch für Menschen tragbar ist, die ein geringes Einkommen haben.

Diese Debatte wird geführt – nicht nur beim Ministerpräsidenten und der CDU, sondern auch bei den GRÜNEN und auf der Umweltministerkonferenz. Man muss sich nämlich überlegen, wie man einen Teil des Geldes, das man einnimmt, umverteilt, und zu welchem Zweck man das tut. Macht man es wie in der Schweiz, wo pro Bürger alles wieder zurückgegeben wird, oder aber wie in Schweden, wo ein Teil zurückgegeben wird und der andere Teil für bestimmte Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt wird? Das muss man sich gut überlegen; denn es hat auch Auswirkungen auf das gesamte deutsche Steuersystem. Das bekommen Sie nicht von Mai auf Juni geregelt.

Insofern beteiligen wir uns weiter an der Diskussion über die Frage, wie man eine CO₂-Steuer so einführen kann, dass eine Verteuerung der Treibhausgasemissionen gewährleistet ist und die Menschen zugleich nicht so belastet werden, dass sie die Klimaschutzmaßnahmen am Ende individuell gar nicht mehr tragen können und dass vor allem kein gesellschaftliches Klima entsteht, in dem alle sagen: Wir wollen keinen Klimaschutz mehr, weil uns das überfordert. – Im Moment ist es so, dass der Klimaschutz in der gesellschaftlichen Debatte Gott sei Dank hoch im Kurs steht. Das müssen wir nutzen, um kluge Instrumente auszufeilen und diese dann umzusetzen.

Im Koalitionsvertrag stehen ab Zeile 6498 die Maßnahmen zur CO₂-Steuer und zum Zertifikatehandel, dort können Sie die Positionen der Landesregierung noch einmal nachlesen, die sie aus dem Koalitionsvertrag übernimmt, um an die Umsetzung zu gehen.

Was den Kohleausstieg angeht: Es gab eine Kohlekommission, die die Gesellschaft in der Breite möglichst abdecken sollte, also von den Gewerkschaften bis hin zum BUND.

Die Kommissionsmitglieder haben sich auf einen zugegebenermaßen schwierigen Kompromiss geeinigt; so etwas ist immer sehr schwierig. Aber bevor wir jetzt noch ein, zwei oder drei Jahre eine Debatte darüber führen, ob das Jahr 2038 als Ausstiegsziel das richtige ist, setze ich meine Energie eher dafür ein, dass wir endlich mit der Umsetzung beginnen, dass wir ein Kohleausstiegsgesetz bekommen.

Wichtig ist nämlich, dass die alten Braunkohlekraftwerke möglichst schnell vom Netz gehen und dass es Planungssicherheit für die Energieunternehmen gibt, aber auch für die Bundesländer, die dann tatsächlich durch Strukturbrüche belastet werden. Es muss eine Planungssicherheit hinsichtlich der Frage geben, welche Arbeitsplätze wo neu bzw. anders entstehen müssen, und auch Planungssicherheit mit Blick auf die Frage, in welchem Maße die erneuerbaren Energien vorangetrieben werden müssen.

Wenn wir dann merken, dass wir schneller vorankommen und bei den erneuerbaren Energien und bei der Energieeffizienz unsere Ziele schneller erreichen, und aufhören, dauernd über Windkraftnutzung, Überlandleitungen usw. zu philosophieren, sondern auch dort einmal vorankommen, dann können wir das Jahr 2030 vielleicht schaffen. Aber ohne anzufangen, werden wir wahrscheinlich für den Ausstieg auch das Jahr 2038 nicht einhalten können. Das ist im Moment eigentlich meine größere Sorge. Deswegen werde ich in den nächsten Monaten nicht ruhen, bis wir endlich den Einstieg in den Kohleausstieg hinbekommen.

Abg. **Klaus Gagel:** Frau Ministerin, Sie haben vorhin behauptet, die Wissenschaft sei zu dem Ergebnis gekommen, dass der menschengemachte Klimawandel unumstritten sei. Diese Behauptung ist falsch. Ich empfehle der Hessischen Landesregierung dringend, sich mit dem gesamten Spektrum der wissenschaftlichen Betrachtungen zu diesem Thema zu beschäftigen – nicht nur mit denjenigen, die der These des menschengemachten Klimawandels recht geben, sondern insbesondere mit den Kritikern auf wissenschaftlicher Seite, die der These des menschengemachten Klimawandels nicht recht geben.

Ich bin Diplom-Meteorologe, ich habe Meteorologie studiert und kenne diese Diskussion rund um den Klimaschutz sehr genau. Ich denke, hier im Saal ist keiner, der sich mit Meteorologie, dem Klima und all diesen Dingen so intensiv beschäftigt hat wie ich. Ich komme zu dem Ergebnis, dass der Klimaschutz mittlerweile eine religiöse Dimension erreicht hat. Das, was hier gemacht wird, wird sehr, sehr weit in Richtung völlig verfehlter Ergebnisse getrieben, was sich dann in einer Politik äußert, die Dinge auf die Spitze zu treiben.

Die neueste Spitze ist die von der LINKEN thematisierte Bewegung „Fridays for Future“, bei der ahnungslose Schüler, die die Schule schwänzen, auf die Straße gehen, anstatt sich im Unterricht sachlich Wissen vermitteln zu lassen. Sie werden von einer 16-Jährigen dazu gebracht, die von Klima und Klimaschutz nun wirklich überhaupt keinen Plan hat.

Ich möchte noch einmal auf das Thema einer CO₂-Steuer zu sprechen kommen, Frau Ministerin. In Ihren Antworten war erkennbar, dass die Hessische Landesregierung für eine CO₂-Steuer offen ist. Sinngemäß haben Sie gesagt, die Hessische Landesregierung stehe einer sozial verträglichen Gestaltung einer CO₂-Abgabe offen gegenüber. Sie wissen selbst, dass der Ministerpräsident, Herr Bouffier, sich dagegen ausgesprochen und darauf hingewiesen hat, dass eine CO₂-Steuer eine Verteuerung von Benzin, Diesel, Heizöl usw. zur Folge hat.

Meine Frage an Sie: Sehen Sie nicht, dass auch im Fokus der von uns vertretenen Bevölkerung diese ganzen Diskussionen, klimareligiös geführt, so weit auf die Spitze getrieben werden, dass die sowieso schon extrem hoch besteuerten Produkte wie Benzin, Diesel etc., an denen die Bevölkerung täglich Bedarf hat – ich glaube, ein Liter Benzin wird mit 80 Cent besteuert –, nochmals besteuert werden sollen? Wie können Sie es gegenüber der Bevölkerung vertreten, etwas, das in Deutschland schon extrem hoch besteuert wird, unter dem Vorwand der Klimareligion noch höher zu besteuern? Sehen Sie da nicht das Risiko, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung – ich sage es einmal so – leicht geschwächt wird?

Ich füge die Frage hinzu, ob die Kampagne mit „Fridays for Future“, Klimaschutz und CO₂ nicht vielleicht deshalb parallel dazu läuft, um letztendlich das zu flankieren, was wirklich gewollt wird, nämlich eine neue Steuer zu erfinden, damit die Bevölkerung weiter ausgepresst wird.

Ministerin **Priska Hinz**: Herr Abgeordneter, Ihre Behauptung, hier im Saal säße niemand, der mehr Ahnung hätte, finde ich einigermaßen verblüffend; denn der Präsident des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie ist anwesend, ebenso seine Mitarbeiterin, die Leiterin des Fachzentrums für Klimaschutz und Klimawandel. Beide haben sehr wohl Ahnung, und Sie werden hinterher Gelegenheit haben, den Vortrag über das HLNUG, wie wir es liebevoll nennen, zu hören.

Außerdem haben Sie, glaube ich, die schriftliche Einladung für den Klimaempfang in der nächsten Woche erhalten, auf dem Herr Prof. Lesch aus Gießen einen Vortrag halten wird. Ich denke, hier nichts weiter über die wissenschaftliche Debatte ausführen zu müssen, das habe ich bereits getan.

Gleiches gilt für die Frage der CO₂-Steuer, bei der ich nur noch eines hinzufügen möchte: Es geht bei der Debatte ausdrücklich um eine CO₂-Steuer, genauso wie bei der Frage über den Zertifikatehandel. Auch hierüber muss man die Debatte genauso führen, wenn man den Zertifikatehandel beispielsweise auf Wärme und Verkehr ausdehnen würde, wie man es nämlich schafft, das Ganze sozial verträglich auszugestalten. Dazu habe ich vorhin ebenfalls Entsprechendes ausgeführt.

Im Übrigen finde ich Ihre Behauptung irritierend, dass „Fridays for Future“ „gesteuert“ sei. Ich glaube, dass sich die jungen Leute, die Schülerinnen und Schüler, sehr gegen Ihre Äußerungen verwahren würden, und das auch zu Recht: Junge Menschen haben Gott sei Dank einen Verstand, sie sind selbstständige Persönlichkeiten, und sie lassen sich nicht einfach von irgendwelchen Erwachsenen und auch nicht von einer Umweltministerin – sei es auch eine grüne, die für Klimaschutz einsteht – steuern, irgendwelche Aktionen durchzuführen. Es sind junge Menschen, die Sorge um ihre Zukunft haben.

Ich finde, das sollte man ernst nehmen. Ich persönlich bin sehr froh, dass es diese Bewegung gibt, die sehr politisch ist. Wir haben eine Zeit lang darüber geklagt, dass die Jugend angeblich nicht mehr so politisch sei und sich nicht mehr interessiere – das ist wieder anders geworden. Sie wollen wissen, wie ihre Zukunft aussehen wird, und natürlich setzen sie sich zu Recht für ihre Zukunft ein. Man muss sich mit ihnen auf einer ernsthaften Ebene und auf Augenhöhe auseinandersetzen, und nicht so von oben herab.

Abg. **Gernot Grumbach**: Ich würde gerne daran anschließen. Wenn junge Menschen sagen: „Wir wollen eine Zukunft haben, in der wir selber entscheiden können, wie wir

leben wollen“, ist das völlig unabhängig davon, ob sie nun die Meteorologie in allen ihren Verästelungen verstehen, sondern es reicht, dass sie sagen: „Sorgt bitte schön dafür, dass wir entscheiden können.“ Das ist eigentlich das zentrale Recht von jedem.

Hinsichtlich der Behauptung, FFF sei „gesteuert“, denke ich an das Sprichwort: „Was ich selber denk' und tu', trau' ich jedem anderen zu.“ Das fällt also immer auf den zurück, der ein solches Argument einführt.

Gleiches gilt für das Wort „Klimareligion“, denn wenn die Wissenschaft in den letzten 20 Jahren Konzepte aufgestellt, kritisiert, verworfen, neu aufgestellt, korrigiert, wieder verworfen usw. hat und der Zusammenstrom der Konzepte immer enger wird, spricht das für ein wissenschaftliches Verfahren, dass auf Kritik und Weiterentwicklung beruht. Ich finde, wir sollten von dieser Art von Verfahren nicht abkehren, weil unsere gesamte Gesellschaft darauf beruht, dass auf der Grundlage von Rationalität und nicht von Glaubenssätzen geurteilt wird.

Ich sage sehr klar: Ich finde – da bin ich sehr dicht bei Ihnen –, wir haben kein Analyseproblem mehr. Im Kern haben wir auch kein Zielbestimmungsproblem, sondern wir haben ein Handlungsproblem – und zwar auf allen Ebenen. Ich möchte das an dem Kohlekompromiss deutlich machen. Man hat einen gesellschaftlich geschickten Konsens gefunden, aber jeder, der eine bestimmte Entwicklung begrenzen will, muss heutzutage darüber nachdenken, ob wir jenseits dieses Kompromisses durch den Ausbau alternativer Energien und durch eine Senkung des Energieverbrauchs die Zeitpläne „beschleunigen“ können. Das ist ein Punkt, der den Kompromiss überhaupt nicht berührt; der bleibt bestehen, darauf hat man sich geeinigt. Wenn wir es schneller hinkriegen, weil die Kohlekraftwerke ökonomisch nicht mehr funktionieren, dann ist das von Vorteil. Man muss keine abstrakte Debatte über eine schnellere Ablösung führen.

Zur Frage der Ziele. Ich denke, wir sollten uns ein bisschen weniger darüber streiten, ob wir sozusagen noch eines oben draufsetzen. An einem Punkt bin ich allerdings nicht ganz so davon überzeugt, dass Sie recht haben, Frau Ministerin, nämlich bei der Einschätzung Ihres Kollegen Ministerpräsidenten; denn wir debattieren darüber, wie die CO₂-Abgabe gestaltet wird. Seine Ausführungen klingen doch ein bisschen mehr danach, als wolle er sie nicht haben. Das sind zwei völlig unterschiedliche Dinge. Wir sind völlig klar sortiert: Unser Kernpunkt betrifft die Frage, wie wir es erreichen, dass ein Großteil der Abgabe zurückgegeben wird – und zwar sozial gestaffelt –, sodass diejenigen, denen die Belastung zu hoch ist, wieder entlastet werden, und dass die Abgabe im Prinzip mehrheitlich von denen gezahlt wird, die es sich auch leisten können.

Abg. **Torsten Warnecke**: Ich möchte zunächst eine Nachfrage stellen. Frau Ministerin, Sie haben vorhin einige fossile Energieträger genannt, die der Besteuerung unterliegen sollen bzw. bei denen Sie die Besteuerung begrüßen. Ich glaube, Sie haben Erdgas und Kerosin nicht genannt. Meine Nachfrage lautet daher, ob Sie diese ebenfalls einbeziehen.

Die zweite Frage im Zusammenhang mit Ihrem Verweis auf den sofortigen Ausstieg aus der Kohlekraft, der den Kohlekompromiss berührt: 2000 bzw. 2002 ist, letztendlich aus den damaligen rot-grünen Verhältnissen, so glaube ich, der sofortige Ausstieg aus der Atomkraft hervorgegangen, der 2022 beendet werden sollte. Eine ähnliche zeitliche Dimension legen wir jetzt auch für den Ausstieg aus der Kohlekraftnutzung vor – insofern ist das analog zu sehen und eigentlich der sofortige Ausstieg aus der Kohlekraftnutzung.

Hierzu habe ich allerdings eine Nachfrage, weil Sie darauf verwiesen haben, dass da noch das eine oder andere gemacht werden soll. Was bedeutet das für die Kohlekraftwerke in Hessen? Wir haben ja nicht nur Staudinger, worüber wir schon häufiger diskutiert haben, sondern wir haben beispielsweise auch Steinkohlestaubkraftwerke zur Produktion von Strom und Wärme. Um konkret zu fragen: Was macht das Land Hessen? Ich frage das, damit wir es auch einmal auf Hessen herunterbrechen und nicht allein über die Braunkohle reden; denn Schicht im Schacht in Nordrhein-Westfalen bedeutet nicht, dass die großen Steinkohlekraftwerke nicht weiter laufen – die bekommen dann eben Importkohle. Wir nutzen in Hessen nach wie vor die Kohle. Was bedeutet der Ausstieg für Hessen und die Kohlekraftwerke? Dazu hätte ich gerne eine Position der Landesregierung.

Ministerin **Priska Hinz**: Die Frage nach der Kohlekraftnutzung in Hessen hängt natürlich ein bisschen davon ab, wie das Ausstiegsgesetz aussehen wird und wie sich die entsprechenden Energieunternehmen ausrichten werden, welche Kraftwerke sie vom Netz nehmen und welche Kraftwerke die Bundesnetzagentur als notwendig für die Versorgungssicherheit erklärt.

Wir gehen jetzt mit den entsprechenden Energieversorgern in Gespräche, ebenso auf der Bundesebene, weil wir für Hessen ein Interesse an einem früheren Aus für das Kohlekraftwerk Staudinger haben. Ich glaube aber, das wird nur funktionieren, wenn es entsprechende Alternativen an diesem Standort geben kann. Es wird darüber diskutiert, dort vielleicht eine Asphaltaufbereitungsanlage zu installieren. Hierüber befinden wir uns schon im Gespräch. Wir werden es auf jeden Fall weiter verfolgen und Gespräche mit den Unternehmen führen; denn wenn Staudinger vom Netz geht, hätten wir eine relativ große Erleichterung, was den CO₂-Ausstoß in Hessen angeht. Aber, wie gesagt, wir sind dabei auch ein bisschen von den Rahmenbedingungen abhängig, die der Bund mit den Energieversorgern aushandelt, und da sitzen wir nicht unmittelbar mit am Tisch – hier können wir sozusagen nur versuchen, über Bande zu spielen und über Gespräche einzuwirken.

Zur CO₂-Steuer habe ich gar nicht alle Energieträger genannt, sondern nur größere Sektoren. Kerosin wird beispielsweise bislang überhaupt nicht besteuert. Wenn man über eine CO₂-Steuer nachdenkt, müssen am Ende wirklich alle Sektoren mit einbezogen werden, sonst macht es ja keinen Sinn. Deswegen ist ja die Frage der Sozialverträglichkeit so virulent und so kompliziert, weil man möglicherweise ein ganzes komplexes System mit Blick auf die Frage aufbauen muss, welcher Subventionsabbau parallel vorgenommen wird. Es macht ja keinen Sinn, etwas zu subventionieren, wenn es gleichzeitig mit einer Steuer belegt wird, und Ähnliches mehr. Deswegen ist die Debatte auch nicht innerhalb von drei Wochen erledigt.

Abg. **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)**: Ich will diese wertvolle Diskussion eigentlich nicht unterbrechen. Aber da die Kollegen von der AfD immer wieder ihre Zweifel am menschengemachten Klimawandel anbringen: Wenn man die Vorgänge der Photosynthese und der damit zusammenhängenden CO₂-Speicherung in abgestorbenen Pflanzenresten auf der Erde sowie die Zusammenhänge mit dem Klima nicht wahrhaben will, empfehle ich wirklich ganz dringend, noch einmal die Schulbank zu drücken. Ich denke, das wird im Biologie- und im Physikunterricht in der Mittelstufe bzw. der 6. Klasse Realschule vermittelt. Wenn Sie die Grundlagen der Mathematik akzeptieren und wissen, wie chemische Formeln aufgestellt werden, finden wir vielleicht irgendwann

zu einer Gesprächsgrundlage zurück. Ansonsten ist es wirklich müßig, sich mit so etwas auseinanderzusetzen. Das ist Zeitverschwendung.

Abg. **Torsten Felstehausen:** Daran kann ich eigentlich anschließen. Herr Gagel, ich habe überlegt, ob es überhaupt Sinn macht, sich zu Ihrem Beitrag zu äußern. Da fehlt wirklich jegliche Gesprächsgrundlage. Sie haben das auch im letzten Plenum deutlich unter Beweis gestellt, als Sie uns minutenlang über Wetterereignisse vergangener Jahrhunderte referiert und Bauernregeln vorgetragen haben. Wann es wo einmal wie warm und wie kalt war, ist keine ernsthafte Grundlage, um über Klimapolitik zu reden. Wenn Sie für sich in Anspruch nehmen, einer der wenigen in diesem Raum zu sein, die hier kompetent sind: Das haben Sie schon im letzten Plenum hinreichend nicht unter Beweis gestellt.

Frau Ministerin, ich habe noch zwei Nachfragen zu dem, was Sie gesagt haben. Ich habe sehr positiv zur Kenntnis genommen, dass es nun eine Bundesratsinitiative zur CO₂-Bepreisung in der Umweltministerkonferenz gibt. Dazu eine Frage: Ist in dieser Initiative auch ein Preis für CO₂ pro Tonne angedacht oder sogar benannt? Das Umweltbundesamt geht ja von Kosten von ca. 180 € pro Tonne aus. Konnten Sie sich schon auf eine Zahl oder einen Zielkorridor verständigen?

Als Zweites, weil ich es nicht gefunden habe: Können Sie uns diese Initiative zur Verfügung stellen oder eine Quelle nennen?

Noch zwei Statements – darauf müssen Sie selbstverständlich nicht antworten – zum Kohlekompromiss. Nur der Hinweis, weil Sie den BUND erwähnt haben: Dieser hat zum Kohlekompromiss ein Sondervotum abgegeben, in dem er sehr deutlich gesagt hat, dass das Jahr 2038 zu spät sei. Die sind also, was die Jahreszahl angeht, nicht im Konsens auseinandergegangen.

Deshalb noch einmal folgende Bemerkung: Die Hessische Landesregierung geht davon aus, ihre Klimaziele im Jahr 2050 tatsächlich umgesetzt zu haben. An der Stelle sehe ich eine große Diskrepanz, da die Wissenschaft derzeit davon ausgeht, dies ist zu spät, wenn man verhindern will, dass wir an Kipppunkte kommen, die wir dann nicht mehr beeinflussen können. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sich bemühen und sagen, es sei gut, möglichst schnell einzusteigen, um Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Aber auch in der Verzielung müssen diese Maßnahme so konzipiert werden, dass die Ziele tatsächlich deutlich früher erreicht werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass ein Prozess in Gang kommt, auf den wir mit unseren Maßnahmen keinen Einfluss mehr haben.

Ministerin **Priska Hinz:** Noch einmal zur Klärung: In der Umweltministerkonferenz gibt es keine Bundesratsinitiativen, sondern Beschlussvorschläge der jeweiligen Umweltministerinnen und Umweltminister respektive der Senatorinnen und Senatoren. Der Bundesrat ist das Gremium der Länder.

Die Beschlussvorschläge der Umweltministerkonferenzen sind zunächst nicht öffentlich. Das, was in den Konferenzen beschlossen wird, wird hinterher veröffentlicht. Da jedenfalls bei den Umweltministerkonferenzen wie auch bei den Agrarministerkonferenzen, das Einstimmigkeitsprinzip gilt, ist es in der Regel so – wie z. B. in der Kohlekommission oder in anderen Kommissionen, in denen breite Mehrheiten sitzen und unterschiedliche Perspektiven vertreten werden –, dass noch nicht klar ist, ob dieser Beschlussvorschlag

durchkommt. Es kann sein, dass wir am Ende keinen Beschluss hinbekommen. Ich hoffe darauf, dass wir das hinbekommen, aber wie gesagt, das weiß man im Vorhinein nie.

In der Initiative wird kein Preis genannt. Es wäre auch nicht möglich, seriös einen Preis festzulegen. Das macht auch deshalb keinen Sinn, weil man dann von vornherein keine Einstimmigkeit erzielen würde. Wenn Sie sich vorstellen, welche Länder dort vertreten sind, dann sehen Sie, das ist ziemlich eindeutig.

Weil hier viele neue Abgeordnete sitzen, möchte ich sagen: Der Vorteil des Einstimmigkeitsprinzips in diesem Gremium ist, dass, wenn sich die Länder bzw. die Ministeriumsspitzen auf einen Beschluss geeinigt haben, der dann einstimmig getragen wird, alle in ihren jeweiligen Landesregierungen und auch öffentlich auf Bundesebene dafür kämpfen, dass entsprechend dieser Beschlussvorschläge gehandelt wird. Das ist der Vorteil gegenüber Konferenzen, auf denen mit Mehrheit entschieden werden kann. In manchen Konferenzen darf die Bundesregierung mitstimmen, in manchen nicht.

Abg. **Gerhard Schenk:** Ich möchte meinen Beitrag in zwei Teile unterteilen.

Zum einen haben Sie in Abrede gestellt, der von der jungen Schülerin Greta Thunberg aus Schweden geführte Protest werde nicht instrumentalisiert. Sie haben das ganz empört festgehalten. Hierzu kann ich nur sagen: Dieser Protest richtet sich gegen Ihre Regierungspolitik – Sie sind ja in unterschiedlichen Konstellationen, von Rot-Grün bis Schwarz-Grün, in der ganzen Bundesrepublik unterwegs – der vergangenen 40, 50 Jahre. Deshalb ist es doch recht merkwürdig, dass dieser Protest – von der Bundeskanzlerin abwärts – von allen in den höchsten Tönen gelobt wird. Eigentlich müsste man sich doch dagegen verwahren, eine falsche Politik gemacht zu haben.

Es geht sogar noch weiter. Ich behaupte, es ist eine Pädagogik der Angst, mit der hier im Grunde eine neue Steuer geschaffen werden soll. Ich hatte vor Kurzem das Vergnügen, bei einem „Klimafrühstück“ dabei zu sein, und zwar in einer Kindertagesstätte in Alheim. Dort haben sich die beiden Kindergärten Baumbach und Heinebach zu einem „Klimafrühstück“ zusammengefunden. Das große Vorbild war Greta Thunberg. Es wurde ein Zeichentrickfilm gezeigt, in dem die Erwachsenen, ihre Eltern, als Klimasünder dargestellt wurden und verdeutlicht wurde, dass sie nun die Aufgabe hätten, durch Verzicht dafür zu sorgen, dass das Klima in Zukunft in Ordnung kommt. Ich empfand das als eine Pädagogik der Angst. Vier- oder fünfjährige Kinder können mit Sicherheit nicht begreifen, was da abläuft. Das ist im Grunde Indoktrination. Die entsprechenden Quellen dazu kann ich Ihnen mitteilen.

Wenn Sie sagen, Kohle, Gas und Erdöl seien dadurch, dass wir sie verbrennen, schuld am Klimawandel: Wie stellen Sie sich denn eine Welt ohne diese Rohstoffe und ohne diese Energieträger vor? Können Sie dazu eine plausible Erklärung abgeben? Die Atomkraftnutzung soll ja auch eingestellt werden. Diesel ist im Grunde genommen die Kraftmaschine dieser Erde – ich kenne keine Baumaschine, in der nicht ein Dieselmotor verbaut ist. Schiffe fahren mit Diesel, in der Landwirtschaft braucht man Diesel. Vielleicht kann der Landwirt in unserer Runde einmal erklären, wie er denn Landwirtschaft ohne Dieselmotoren betreiben will.

Abg. **Klaus Gagel:** Bevor ich noch einmal auf das vorhin Gesagte eingehe, möchte ich auf die Beiträge der Kollegen von den GRÜNEN und den LINKEN eingehen.

Um ein Hochschulstudium zu absolvieren, bedarf es schon ein bisschen mehr an Voraussetzungen. Dass Sie mir empfehlen, noch einmal die Schulbank in der Mittelstufe bzw. der 6. Klasse Realschule zu drücken, zeigt, Herr Kollege von den GRÜNEN, wes Geistes Kind Sie sind. Damit geben Sie mir im Grunde genommen eine Steilvorlage, weil Sie als bisher mitverantwortlicher Politiker damit zeigen, wie stark sich doch die ganze Debatte um den Klimaschutz und den Klimawandel in der Politik verselbstständigt hat. Diese Verselbstständigung hat eine extreme Form angenommen, wie wir jetzt erleben, quasi eine Steigerung bis hin zu einem religiösen Mythos namens „Klimaschutz, Klimaschutz, Klimaschutz“.

Letztendlich müssen wir uns wieder darauf besinnen – das war meine Einlassung von vorhin –, dass Wissenschaft und Forschung immer ergebnisoffen sind. Da steht das Ergebnis nicht schon von vornherein fest. Das, was Sie hier vorhin suggerierten – meine Frage war ja so gestellt, ob, wenn sich in der Zukunft etwas anderes herausstellen sollte, bei einem anderen Ergebnis auch politisch anders gehandelt werden müsste –, zeigt ja, dass Sie das gar nicht mehr infrage stellen und sagen, es sei unumstritten. Aber es ist nicht unumstritten. In der Wissenschaft und in der Forschung gibt es immer einen Streit und eine Auseinandersetzung. Es gibt auch in der Wissenschaft und in der Forschung unterschiedliche Meinungen. Deshalb kann man eben nicht sagen, dass sei wissenschaftlich zu 100 % abgesichert.

Insofern müssen wir doch ganz klar sagen, dass mit der Klimaschutzdiskussion und dem Hineinsteigern seitens der Politik die Zukunft unserer Kinder an einer ganz anderen Stelle verspielt wird; denn wenn wir wirklich Dieselmotoren abschalten und all das tun wollten, was hier vorgeschlagen wird, dann haben wir in 50 Jahren ein deindustrialisiertes Deutschland mit erheblichen Wohlstandsverlusten und einer instabilen Energieversorgung. Das kann wohl keines unserer Kinder wirklich wollen.

Ich möchte noch etwas zu FFF fragen. Mein Kollege Schenk hat eben berichtet, wie die Indoktrination von Kindern heutzutage läuft. Auch Schüler werden indoktriniert, und zwar in großem Maßstab. Diese Indoktrination läuft natürlich größtenteils über die Medien. Bezüglich FFF ist auf jeden Fall die Frage zu stellen – das müsste meiner Meinung nach auch die Hessische Landesregierung tun –: Wenn Sie Schülern die Möglichkeit geben, freitags die Schule zu schwänzen – ich sage es vornehmer: nicht in die Schule zu gehen – und stattdessen zu irgendeinem höheren Ziel schulfrei zu machen, dann können Sie die Schüler – für welches Ziel auch immer – an einem Freitag oder an irgendeinem Wochentag auf die Straße bekommen. Haben Sie nie hinterfragt – das wäre meine Frage, weil wir davon ausgehen, dass Sie als Landesregierung die FFF-Bewegung ernst nehmen und sich damit auseinandersetzen –, ob diese Kinder, diese Schüler in ihrer Motivation, auf die Straße zu gehen, von etwas ganz anderem getrieben werden? An einem Feiertag, beispielsweise an Karfreitag oder an einem sonstigen schulfreien Tag, habe ich nämlich noch keine FFF-Schülerdemonstration gesehen.

Abg. **Heidemarie Scheuch-Paschkewitz**: Frau Ministerin, ich habe eine kurze Frage. Sie nennen mit Blick auf das Pariser Klimaschutzabkommen noch immer die Jahreszahl 2050. Unter anderem die „Scientists for Future“ bezeichnen diese Jahreszahl aber als „viel zu spät“. Glauben Sie ernsthaft, das Ziel mit den eben von Ihnen vorgestellten Instrumenten bis dahin zu erreichen?

Ministerin **Priska Hinz**: Ich fange einmal mit der letzten Frage an. Es gibt eine wissenschaftliche Debatte darüber, wann der Kipppunkt erreicht ist und welche Maßnahmen

man z. B. bis zum Jahr 2035 – spätestens 2040 – eingeleitet haben muss bzw. wie viel Erwärmung bis dahin „erträglich“ ist, um nicht über das Zwei-Grad-Celsius-Ziel zu kommen. Diese wissenschaftliche Debatte gibt es, und wir hatten – ich glaube, es war im letzten Jahr – Herrn Prof. Schellnhuber bei uns auf dem Klimaempfang, der das mit seiner Präsentation sehr gut und sehr eindrücklich dargestellt hat. Hinterher hat er uns wieder aufgebaut, dass wir trotzdem weiterarbeiten sollten. Ich fand, das war sehr eindrücklich.

Nichtsdestotrotz ist es so, dass es eine internationale Verständigung gibt, die Gott sei Dank von vielen Staaten ratifiziert wurde. Bislang ist es so, dass die USA gekündigt haben, aber aus dem Pariser Abkommen noch nicht ausgestiegen sind. Da es eine internationale Übereinkunft ist, ist das zunächst einmal die Richtschnur für uns, zu sagen: Dort müssen wir spätestens 2050, ziemlich in der Mitte dieses Jahrhunderts, hingekommen sein. – Wie auch bei der Kohlekraft gilt: Wenn wir es vorher schaffen, rechtzeitig am Ziel sind, umso besser. Aber das ist der späteste Zeitpunkt, und an dem müssen wir uns mit unseren Maßnahmen orientieren.

Ich möchte noch drei Punkte zu den Vorhaltungen der AfD anführen, die ich – das muss ich schon sagen –, freundlich ausgedrückt, beschämend finde. Würde ich es härter ausdrücken, würde ich sagen: Es ist aus meiner Sicht ein Skandal, dass der freien Presse des Landes unterstellt wird, sie würde indoktrinieren. Wir können froh sein, dass wir in einem Land leben, in dem es eine freie Presse gibt, wo man sich aus unterschiedlichen Quellen informieren kann, wo es keine Staatspresse gibt, die von der Regierung gelenkt ist. Ich finde, gerade auch Sie von der AfD sollten froh darüber sein.

Zweitens. Die Natur des Schwänzens liegt darin, dass man irgendwo fernbleibt. Das ist Schwänzen. Wenn geschwänzt wird, macht man das gegen den Willen der Lehrerinnen und Lehrer, gegen den Willen der Schulleitung, sehr oft auch gegen den Willen der Eltern. Das ist Schwänzen, und man muss alle Konsequenzen tragen, die damit einhergehen, wenn man das öfter macht. Das wissen die Schülerinnen und Schüler, weil auch sie Konsequenzen zu spüren bekommen. Daher müssen sie sich ab irgendeinem Zeitpunkt entscheiden: Demonstrieren wir immer noch am Freitagmorgen, oder legen wir die Demonstration auf den Freitagnachmittag? – Aber es ist genauso wie bei Warnstreiks und Streiks von Gewerkschaften: Die tun erst richtig weh oder bekommen erst dann besonders viel Aufmerksamkeit, wenn sie zu bestimmten Zeiten stattfinden. Hätten die Schülerinnen und Schüler von vornherein am Samstagnachmittag oder am Sonntag „gestreikt“, gäbe es jedenfalls nicht so viel Aufmerksamkeit, auch nicht von Abgeordneten. Insofern kann man, jedenfalls aus PR-Sicht, erst einmal nur sagen: Richtig gemacht. – Aber da auch diese jungen Leute kluge Menschen sind, gehe ich davon aus, dass sie sich demnächst überlegen, wie sie das Ganze in Bälde anders handhaben, weil sie ja alle gute Abschlüsse haben wollen.

Was die Frage von Kindertagesstätten angeht: Dort gilt das Elternrecht. Ich glaube, dass die Eltern über Elternbeiräte sehr wohl mitbestimmen können, wie dort ein „Klimafrühstück“ ausgestaltet wird.

Zu der Frage, ob wir jetzt den Dieseltraktor abschalten. Deutschland ist sehr stolz darauf, seit Jahrzehnten ein Land mit einer hervorragenden Wissenschaft und einer hervorragenden Ingenieurskunst zu sein. Ich nehme an, dass viele von uns noch den Spruch „Dem Ingeniör ist nichts zu schwör“ kennen. Ich gehe einmal davon aus, dass auch unsere Ingenieurinnen und Ingenieure, unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, unsere Entwicklerinnen und Entwickler in den nächsten Jahren weiter gehende Vorstellungen und Vorschläge entwickeln, wie man ohne fossile Brennstoffe den Fortschritt in

Deutschland und international gewährleisten kann. Alle, die ein bisschen Ahnung haben, wissen: Fossile Brennstoffe sind endlich, und daher müssen wir uns ohnehin auf einen neuen Weg machen – wenn wir es vor 2050 schaffen, umso besser.

Abg. **Gerhard Schenk:** Meine Frage geht noch einmal dahin: Sie sagten, es handle sich um ein Weltklimaabkommen. Welche Länder folgen uns denn? – China, Indien und viele Länder in Afrika bauen weiterhin fleißig Kohlekraftwerke. Wenn ich es recht erinnere: Aktuell sind ungefähr 1.400 solcher Kraftwerke in Planung oder im Bau. Deutschlands Anteil am menschengemachten CO₂-Ausstoß auf der Welt beträgt 2 %. Welchen Einfluss hat es, wenn wir auf diese 2 % verzichten?

Ministerin **Priska Hinz:** Ich schlage vor, dass Sie einmal ins Internet gehen und sich die Information herausziehen, welche Staaten das Abkommen ratifiziert haben und wie weit viele Staaten bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen schon gekommen sind.

Beschluss:

ULA 20/3 – 08.05.2019

Der Dringliche Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts im ULA als erledigt.

Punkt 5:**Antrag****Fraktion DIE LINKE****Bodenschutz ist Klimaschutz: Protestcamp gegen Logistikzentrum in Neu-Eichenberg unterstützen – Die Hessische Landesregierung muss der Gemeinde Neu-Eichenberg ein Angebot zur Aufgabe ihrer Pläne unterbreiten****– Drucks. [20/570](#) –**

Abg. **Torsten Felstehausen:** Seit dem Wochenende 4./5. Mai 2019 haben Klima- und Umweltaktivistinnen und -aktivisten eine Ackerfläche mit einem Protestcamp besetzt. Die Ackerfläche soll möglicherweise zum Bau eines Logistikzentrums genutzt werden. Ich war vor zwei Tagen dort und habe vor Ort festgestellt: Es gibt einen riesigen Zuspruch für das Camp aus der Bevölkerung. Die Diskussion in Neu-Eichenberg ist ja nicht neu; das ganze Projekt ist schon seit fünf Jahren im Gespräch. Im Moment gibt es noch keine finale Entscheidung.

Wir fordern das Innenministerium und das Umweltministerium auf, dass auf dieser Brachfläche – das Feld wird zurzeit nicht bewirtschaftet – keine repressiven Maßnahmen gegen die Aktivistinnen und Aktivisten ergriffen werden, dass vielmehr die Chance gesucht und genutzt wird, in einen Dialog über mögliche alternative Maßnahmen zu treten.

Frau Hinz, Sie sind an der Stelle besonders gefordert, da Sie sich dahin gehend eingelassen haben, dass, würde die Gemeinde Neu-Eichenberg zu einer anderen Entscheidung kommen, sich also gegen den Bau eines Logistikzentrums entscheiden, das Land Hessen prüfen würde, welche Kompensationsmaßnahmen möglich sind. Vor diesem Hintergrund hat Sie Herr Wilhelm, der Bürgermeister von Neu-Eichenberg, am 19. März angeschrieben. Er hat am 24. März ein Erinnerungsschreiben geschickt. Ich habe der Presse entnommen, dass er von Ihnen bisher noch keine Antwort bekommen hat.

Die Situation vor Ort stellt sich so dar, dass die Gemeindevertretung schlicht und ergreifend nicht entscheiden kann, solange sie die möglichen Kompensationsmaßnahmen des Landes Hessen nicht kennt, denn diese müssen selbstverständlich in den Abwägungsprozess einfließen. Deshalb meine Frage an Sie, verbunden mit dem vorliegenden Antrag: Welche Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht denkbar und vorstellbar? Sind Sie in der Lage, dies den Gemeindevertreterinnen und -vertretern gegenüber verbindlich zu erklären?

Ministerin **Priska Hinz:** Herr Abgeordneter, Sie gehen fälschlicherweise davon aus, dass die Zuständigkeit im Ressortbereich des Umweltministeriums liegt. Das ist aber nicht mehr der Fall. Die Zuständigkeit für die Bodenbevorratung liegt bei der HLG, und die HLG ist im Verantwortungsbereich des Wirtschaftsministeriums angesiedelt.

Im Übrigen gibt es einen Landtagsbeschluss betreffend den Verkauf des Geländes. Eine Ministerin kann zwar viel, aber sie kann sich nicht über Landtagsbeschlüsse hinwegsetzen.

Das Thema hat einen langen Vorlauf – den kennen Sie –: seit 2003. Die Gemeinde ist nicht so hilflos, wie Sie es gerade dargestellt haben. Die Gemeinde ist zuständig. Auf der

Grundlage gemeindlicher Beschlüsse ist im Jahr 2008 ein Bebauungsplan erstellt und 2009 rechtskräftig geworden. Der Plan soll jetzt geändert werden. Die Gemeinde selbst berät über eine Änderung des Bebauungsplans, um die Verkehrsführung so zu ändern, dass der Investor dort bauen kann. All das sind Entscheidungen der Gemeindevertretung.

Jetzt komme ich zu Ihrer Frage bezüglich des Bürgermeisters, der sich an mich gewandt hat, wahrscheinlich in dem Glauben, ich sei zuständig. Er hat sich auf einen Zeitungsartikel bezogen und geschrieben: „Anfang März erhielten wir die Anfrage einer Zeitungsredaktion, wie sich das Land verhalten würde, falls die Gemeinde von ihrem Vorhaben Abstand nimmt.“ Ich habe ihm am 29. April 2019 Folgendes geantwortet:

Die Planungshoheit liegt bei der Kommune. Wenn die Kommune den Verkauf umsetzen will, gibt es für das Land Hessen keine andere Handlungsalternative, als vertragstreu zu handeln und die Fläche für die Bebauung freizugeben.

Das Land ist ja noch als Eigentümer der Fläche im Grundbuch eingetragen. Weiter heißt es in meinem Schreiben:

Aus umweltpolitischer Sicht wird allerdings der mit der Entwicklung des Logistikgebiets einhergehende Flächenverbrauch aus heutiger Sicht kritisch gesehen. Aufgrund der bislang erfolgten Zusagen besteht momentan kein weiterer Handlungsspielraum für das Land. Dieser wäre nur gegeben, wenn die Gemeinde von ihrem Vorhaben Abstand nimmt. Sollte es dazu kommen, ist das Land für Gespräche offen, um gemeinsam eine für alle Beteiligten tragbare Lösung zu finden.

Ich habe auch noch Folgendes geschrieben:

Da sich die Änderung des Bebauungsplans für das Logistikgebiet nach hiesiger Kenntnis noch in der gemeindlichen Beratung befindet, war bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit gegeben, mit Ihnen in derartige Erörterungen einzutreten. Bitte halten Sie uns über den Fortgang des Änderungsverfahrens zum Bebauungsplan und sich gegebenenfalls ergebenden Gesprächsbedarf Ihrerseits auf dem Laufenden.

Wenn der Bürgermeister morgen anruft und sagt: „Ich hätte gern ein Gespräch mit Ihnen oder dem Wirtschaftsminister“, dann bekommt er das, denn wir haben Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern noch nie ein Gespräch verweigert. Aber er muss schon sagen, was er will, und es wäre hilfreich, wenn auch die Gemeindevertretung bald einmal sagen würde, wo sie hinwill. Die Sache hängt nämlich in der Luft. Wir bekommen von Überallher zugetragen, die Gemeinde wolle eigentlich nicht mehr. Dann muss sie das aber bitte auch so formulieren. Es gibt einen Landtagsbeschluss betreffend den Verkauf. Die Fläche ist in der Bodenbevorratung. Die HLG muss für die Gemeinde das abwickeln, was die Gemeinde will. Wenn die HLG nicht mehr abwickeln soll, dann muss die Gemeinde mit uns in Kontakt treten und sagen: Wir wollen reden. – Dann reden wir mit den Vertretern der Gemeinde, um auszutarieren, was geht und was nicht geht.

Abg. **Torsten Felstehausen:** Vielen Dank für Ihre Ausführungen zu diesem Punkt. Aber genau das ist ja der Knackpunkt. Um zu dieser Entscheidung zu kommen, bedarf es der Darstellung möglicher Maßnahmen. Frau Ministerin, Sie sind selbstverständlich an die Beschlüsse des Hessischen Landtags gebunden, und die GRÜNEN haben dem Verkauf

ja auch zugestimmt – entgegen der Zielsetzung, die sonst verlautbart wird, die auch im Koalitionsvertrag steht, nämlich den Flächenverbrauch auf 2,5 ha pro Tag zu begrenzen. Hier wäre eine Möglichkeit dazu gewesen, aber die ist versäumt worden – wie auch an anderer Stelle. Man sollte diesbezüglich nicht nur die Lippen spitzen, sondern auch pfeifen. In Neu-Eichenberg wäre die Möglichkeit dazu, aber das geht eben nur mit der Hilfe und Unterstützung des Ministeriums, denn über der Gemeinde hängt das Damoklesschwert der Rückerstattung an die Hessische Landgesellschaft in Höhe von 1,2 Millionen €. Solange sich das Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium an der Stelle nicht auf die Gemeinde zubewegen – wer wohin fährt, ist doch völlig egal –

(Ministerin Priska Hinz: Nein!)

– Der Bürgermeister würde zu Ihnen kommen. – Aber um einen Abwägungsprozess vornehmen zu können und einen Beschluss der Gemeindevertretung zu fassen, bedarf es einer Aussage von Ihnen, was an der Stelle möglich ist.

Im Ort hat ist man inzwischen festgestellt – da sind wir inhaltlich mit Ihnen völlig auf einer Ebene –, dass Logistikgebiete ein Anachronismus sind. Sie sind in der Form nicht mehr umsetzungsfähig und hinsichtlich ihrer ökologischen Auswirkungen auch nicht mehr vertretbar.

Insofern fordern wir Sie auf – das ist das, was die Besetzer des Ackers erreichen möchten –, in einen Dialog einzutreten. Dafür ist es erforderlich, dass Ross und Reiter genannt werden und dass über konkrete Maßnahmen diskutiert werden kann.

Abg. **Klaus Gagel:** Zunächst würde ich diesen Antrag gerne politisch dahin gehend kommentieren, dass wir gerade von der Partei, die in besonderem Maße befürwortet – wie auch die Regierungsparteien –, dass im Hessenland die Wälder mit Betonfundamenten für Windkraftträder zugekleistert werden, dass wir riesengroße Windkraftanlagen haben – und noch mehr davon kriegen sollen –, einen Antrag vorliegen haben, der angesichts dieser Dimensionen und Relationen wirtschaftliches Handeln unterbinden möchte. Wirtschaftliche Zentren und Gewerbegebiete dienen der Wirtschaft, schaffen Arbeitsplätze und bringen am Ende Wohlstand – auch in die ländlichen Regionen. Deshalb müssten die Menschen, auch im ländlichen Bereich, ein Interesse daran haben, dass die Wirtschaft floriert, dass die Gemeinde Einnahmen aus Gewerbesteuern und anderen kommunalen Steuern hat und dass dadurch auch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Vor dem Hintergrund rege ich an, dass die Landesregierung erwägt, die Gemeinde an der Stelle nicht allzu sehr unter Druck zu setzen. Es ist ja letztendlich ein Abwägungsprozess, der politisch beeinflusst wird. Es kommt ja niemand in der Landesregierung auf die Idee, Gemeindebeschlüsse auf anderer Ebene politisch zu beeinflussen, nur weil das gerade in den politischen Plan insgesamt passt. Das, was DIE LINKE mit diesem Antrag zu erreichen versucht, nämlich die Entscheidung in eine bestimmte Richtung zu drehen, halten wir für kontraproduktiv. Das ist nicht im Interesse der Bevölkerung und schon gar nicht im Interesse der Wirtschaft.

Abg. **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen):** Herr Felstehausen, Sie schießen sich mit Ihrem Beitrag – das war auch beim letzten Mal schon so – auf die falschen Akteure ein. Ich komme aus dieser Gegend und fahre seit 30 Jahren an der genannten Fläche vorbei, wenn ich von unserem Biohof aus den Landkreis Göttingen beliefere. Ich hätte das

Land dort gern bewirtschaftet; es ist hervorragender, ganz wertvoller Boden. Darin sind wir uns vollkommen einig.

Es ist schon sehr lange her, dass die Gemeinde den Beschluss gefasst hat, diese Fläche zu bebauen. Diejenigen, die jetzt die Handelnden sind, haben eine Änderung des Bebauungsplans beantragt. Sie wollen den Lärmschutzwall noch niedriger und die Bebauung noch höher machen. Das ist die Situation. Das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen gibt den Handelnden die Möglichkeit, das zu tun. Wenn Sie das den Akteuren vor Ort untersagen wollten, dann müssten Sie an der Stelle in das Selbstverwaltungsrecht eingreifen. Wenn Sie das wollen, sollten Sie das hier offen sagen.

Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen, wenn Sie fordern, vonseiten des Ministeriums einzuwirken. Die Frau Ministerin hat sich für meine Begriffe hier schon sehr weit hinausgewagt und hat gesagt, dass sie bereit sei, über die Folgen zu sprechen, die sich die Gemeinde selbst eingehandelt hat, und darüber mit Vertretern der Gemeinde in einen Dialog zu treten. Es geht ja letzten Endes um Steuergelder.

Wenn man den Akteuren vor Ort behilflich sein will, aus der Sachgasse herauszukommen, in die sie sich selbst hineinmanövriert haben, dann muss man schon fordern, dass sich diese zunächst einmal entscheiden und laut sagen, dass sie das, was sie früher einmal entschieden haben, jetzt nicht mehr wollen. Wenn sie das tun, dann wird ihnen von der Landesregierung geholfen werden.

Ich bitte Sie, auf die vor Ort Verantwortlichen einzuwirken. Nutzen Sie Ihre Kanäle, an der Stelle tätig zu werden. Auch ich nutze sie. Ich habe vor Ort demonstriert. Ein Kollege von mir hat mit dem Bürgermeister gesprochen. Wir haben mit den Akteuren gesprochen, soweit die zugänglich waren; die Situation ist sehr verhärtet. Sprechen Sie die an, die das Heft des Handelns in der Hand halten, statt hier Scheingefechte zu führen.

Abg. **Michael Ruhl:** Die Frau Ministerin und Herr Müller haben zu Recht gesagt, dass das eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung ist. Die Gemeinde hat 2003 beschlossen, dass sie dort ein Logistikzentrum entwickeln will. Es hat einen Bürgerentscheid gegeben, der sich ebenfalls dafür ausgesprochen hat, dass dort ein Logistikzentrum entsteht. Deshalb sind wir erst einmal in der Situation, dass die Gemeinde das proaktiv vorangetrieben hat.

Jetzt komme ich auf Ihren Antrag zu sprechen. Sie fordern die hessische Umweltministerin darin auf, auf die Gemeinde einzuwirken, diesen Beschluss zu ändern. Mein Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung ist ein anderes. Mein Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung ist, dass eine Kommune erst einmal selber darüber entscheidet, was in ihrem Zuständigkeitsgebiet geschieht oder nicht geschieht.

In der Kommune ist ein gewisser Druck entstanden, der in der Gemeinde auch zu Zerwürfnissen geführt hat. Bislang hat die Gemeinde den Beschluss, ein Logistikzentrum zu entwickeln, aber nicht geändert. Deshalb würde ich aus der Sicht des Landes sagen: Es ist eine Gemeinde im ländlichen Raum, und selbstverständlich erhofft sie sich eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung. Es ist im ländlichen Raum nicht einfach, Betriebe anzusiedeln. Wenn man sich in der Gemeinde diese Entwicklung erhofft, dann haben wir die Entscheidung der Gemeinde zu akzeptieren. Deshalb halte ich die Aufforderung, auf die Gemeinde einzuwirken, ihren Beschluss zu ändern, für falsch.

Abg. **Knut John:** Ich kann mich den Ausführungen meines Vorredners nur anschließen. Ich möchte noch ergänzen, dass die damalige Bürgerbefragung eine Zustimmung mit Zweidrittelmehrheit für die Errichtung eines Logistikzentrums ergeben hat. Das geschah in einem demokratischen Prozess. Dass jetzt versucht wird, diesen Prozess zu unterwandern, halte ich nicht für gut. Ich halte das im Sinne der Demokratie auch für gefährlich.

Man muss sich klarmachen, dass der Werra-Meißner-Kreis wirtschaftlich einer der schwächsten Kreise ist und dass dieser Kreis die höchste Auspendlerquote in Hessen hat. Wir hätten jetzt die Gelegenheit, bis zu 2.000 Arbeitsplätze in Neu-Eichenberg zu schaffen. Ich muss Ihnen außerdem sagen, dass bereits ein erstes Unternehmen der Zulieferindustrie in Witzenhausen – wir haben im Werra-Meißner-Kreis einige Zulieferbetriebe für die Automobilindustrie – bekannt gegeben hat, dass es Ende 2019 seine Tore schließt. Das heißt, 200 Arbeitsplätze fallen dort weg. Wenn wir jetzt nicht aufpassen und Gegenmaßnahmen ergreifen – das Logistikzentrum wäre eine solche Gegenmaßnahme –, dann wird der Werra-Meißner-Kreis noch mehr leiden als bisher.

Im Werra-Meißner-Kreis beträgt der Flächenanteil für den Gewerbebereich 1,1 %. 44 % des Kreises sind landwirtschaftlich genutzte Flächen. Bei den genannten 1,1 % ist die Fläche für das geplante Logistikzentrum schon eingeschlossen. Insofern sehe ich die Notwendigkeit, zu bestätigen – auch seitens der Landesregierung, das haben Sie eben bestätigt, Frau Hinz –, dass hier abgestimmt und entschieden worden ist. Der Herr Ministerpräsident hat in einem Schreiben an unseren Landrat bestätigt, dass er voll hinter dem Projekt steht. Ich denke, das ist ein wichtiger Hinweis darauf, dass das Land die Menschen hinsichtlich ihrer Arbeitsplätze nicht alleinlässt.

Im Werra-Meißner-Kreis leben über 3.500 Menschen, die Transferleistungen erhalten. Diesen Menschen müssen wir gerecht werden. Das müssen wir selbstverständlich in ökologisch verträglicher Art und Weise tun. Die Logistikbranche ist die drittgrößte Branche in Deutschland. Sie bietet Studiengänge für ca. 100 Fachrichtungen. Dort entstehen nicht nur einfache Arbeitsplätze, sondern auch hochwertige Arbeitsplätze. Wir sollten deshalb alles tun, dass wir auch in dieser ärmeren Region Hessens Arbeitsplätze schaffen.

Abg. **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen):** Ich will mit Herrn John jetzt nicht ausführlich diskutieren, aber ich möchte ausdrücklich zu Protokoll geben, dass ich seine Ausführungen nicht unterstütze und dass ich bezüglich dessen, was er sagte, was dort entwickelt werden soll, ganz anderer Meinung bin. Ich wäre heilfroh, wenn diese Entwicklung an uns vorbeigehen würde. Trotzdem bleibe ich dabei: Das Heft des Handelns liegt bei den Gemeindevertretern.

Abg. **Torsten Felstehausen:** Es ist völlig richtig: Das Heft des Handelns liegt bei den Gemeindevertretern. Sinn und Zweck des Antrags – deshalb werben wir um Zustimmung – ist, den Gemeindevertretern Handlungsoptionen zu eröffnen. Das wäre hier möglich. Es wäre aber auch sinnvoll, diesen Antrag an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen und aus Zuständigkeitsgründen dort zu behandeln.

Da wir gerade beim Thema Zuständigkeit sind: Eine wesentliche Akteurin ist die Hessische Landgesellschaft. Dort trägt die Hessische Landesregierung die politische Verantwortung. Staatsminister Al-Wazir führt in Person die Aufsicht über die HLG, und die Staatssekretärin im Umweltministerium sitzt im Aufsichtsrat der HLG. Es gäbe also schon Möglichkeiten der Einflussnahme.

Uns geht es darum, in der aktuellen Situation in Neu-Eichenberg auszuloten, welche Möglichkeiten es gibt – auch der Diplomatie. Wir wollen hässliche und unschöne Szenen auf dem Feld verhindern, die mit einer möglichen Räumung einhergehen würden. Es gibt derzeit überhaupt keinen Grund, mit polizeilichen oder anderen Maßnahmen gegen die Aktivistinnen und Aktivisten vorzugehen, weil es im Moment auch noch keinen Beschluss gibt. Darauf sollte das Land hinwirken, um ein Stück Druck aus der Diskussion zu nehmen.

Noch ein Wort zur Arbeitsplatzsituation in der Region, insbesondere in Witzenhausen. Die Firma Rege hat angekündigt, nachdem sie von einem Investor übernommen worden ist, das Werk in Witzenhausen abzuwickeln und den Mitarbeitern zu kündigen. Aber Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass die qualifizierten Mitarbeiter von Rege tatsächlich diejenigen sind, die die wenigen Arbeitsplätze in der Logistik haben wollen, die zum großen Teil automatisiert sind, die nur gering bezahlt werden. Das ist doch kein vernünftiges Arbeitsplatzangebot. Da müssen wir tatsächlich mit anderen Maßnahmen daherkommen. Wenn wir das tun, dann müssen wir uns auch überlegen, wie das mit den Investoren ist, die Firmen aufkaufen, entkernen und anschließend ausspucken. Das ist ja genau die Kritik, die DIE LINKE an der Stelle formuliert.

Zusammengefasst geht es uns darum – in diese Richtung muss die Diskussion unserer Meinung nach gehen –, unter Achtung der kommunalen Selbstverwaltung der Gemeinde etwas an die Hand zu geben, womit sie in die Diskussion gehen kann. Das vage Versprechen, man werde eventuell eine Lösung finden, oder das In-Aussicht-Stellen eines Gesprächs reichen nicht aus, um die Diskussion im Gemeinderat zu einem Ende zu bringen. Deshalb hängt das Vorhaben bis heute in der Luft. Dafür trägt die Hessische Landesregierung durchaus eine Mitverantwortung.

Abg. **Wiebke Knell:** Ich kann es relativ kurz machen. Ich möchte mich den Ausführungen von Herr Ruhl anschließen, was die kommunale Selbstverwaltung angeht, und das unterstützen, was Herr John eben gesagt hat. Ich bin in meiner Fraktion für den Werra-Meißner-Kreis zuständig. Gerade was die prognostizierten Bevölkerungszahlen und was die Arbeitsplätze angeht, gibt es eher Grund zur Sorge. Die LINKEN unterscheiden immer zwischen guten und bösen Arbeitsplätzen. Es gibt aber keine schlechten und bösen Arbeitsplätze, sondern jeder Arbeitsplatz, gerade im ländlichen Raum, ist ein Gewinn. Deswegen unterstützen wir als Fraktion – genauso wie die Freien Demokraten vor Ort – das Bestreben, das Logistikzentrum zu bauen.

Abg. **Torsten Felstehausen:** Ich frage Frau Hinz: Können Sie sich vorstellen, in einem Vororttermin in Neu-Eichenberg, den wir schnellstmöglich anberaumen, ein Gespräch zu moderieren?

Ministerin **Priska Hinz:** Ich habe nichts zu moderieren. Aber wenn die Gemeindevertretung, sprich der Gemeindevorstand, auf das Land zukommen will, um zu klären, welche Möglichkeiten es gibt, dann müssen die Verantwortlichen vor Ort das so entscheiden und sich bei uns melden.

Beschluss:

ULA 20/3 – 08.05.2019

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD, Freie Demokraten gegen DIE LINKE)

Berichterstattung:

Martina Feldmayer

Beschlussempfehlung:

Drucks. [20/590](#)

(Ende des öffentlichen Teils: 11:31 Uhr – Fortsetzung in nicht öffentlicher Sitzung)